

Antrag auf **Gewährung** einer Bundeszuwendung für Maßnahmen nach § 5a FStrG

 (Antragsteller) (Ort) (Datum)

Über

an den

 (oberste Straßenbaubehörde des Landes oder die von ihr bestimmte
 Behörde)

Betr.: -----

(Bezeichnung des Bauvorhabens)

hier: Gewährung einer (~~— nicht — rückzahlbaren~~*) Bundeszuwendung

Das Bauvorhaben soll im Haushaltsjahr 19---- in den Haushaltsjahren 19---- bis 19---- durchgeführt werden.

Wir (ich) beantrage(n) für das Haushaltsjahr 19---- die Gewährung einer Bundeszuwendung von

----- DM

zur Durchführung des vorgenannten Bauvorhabens

1. Das Bauvorhaben beruht auf beigelegtem RE-Entwurf — vereinfachten Entwurf — in Anlehnung an die Richtlinien für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau (RE) aufgestellten Entwurf*) aufgestellt am ----- vom -----

2. Die Gesamtkosten betragen ----- DM. Davon führen zu zuwendungsfähigen Ausgaben ----- DM.

Die erforderlichen Mittel sollen wie folgt aufgebracht werden:

- a) Eigenmittel des Antragstellers ----- DM
 b) Beiträge Dritter (z. B. Bundeswehr, Versorgungsunternehmen) — einzeln aufzuführen — -----
 c) Zuwendung des Landes (~~— nicht — rückzahlbar~~*) zu den zuwendungsfähigen Ausgaben ----- DM
 d) Zuwendungen des Bundes (~~— nicht — rückzahlbar~~*) zu den zuwendungsfähigen Ausgaben ----- DM
 e) Sonstige Zuwendungen von -----
 (~~— nicht — rückzahlbar~~*) zu den zuwendungsfähigen Ausgaben -----

3. Von den Gesamtkosten werden voraussichtlich benötigt:

im Haushaltsjahr	Betrag (DM)	davon führen zu zuwendungsfähigen Ausgaben etwa (DM)
-----	-----	-----
-----	-----	-----

4. Für dieses Vorhaben wurden bereits folgende Zuwendungen gewährt:

im Haushaltsjahr	Zuwendungsgeber	Zuwendungsbetrag (DM)
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----

5. Für die Baudurchführung, die Mittelbewirtschaftung und den Verwendungsnachweis zuständige Behörde:

6. Zuständige Kasse:

7. (Bei rückzahlbaren Zuwendungen: Vorschläge für Verzinsung, Tilgung und Sicherung des Darlehens).

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt. Die Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze erkenne(n) wir (ich) als verbindlich an.

(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)

*) Nichtzutreffendes streichen